

## **POLITIK DER GÖTTER. EUROPA UND DER NEUE FUNDAMENTALISMUS**

**Referat anlässlich der Jahres- und Mitgliederversammlung der Offenen Kirche,  
Evang. Vereinigung in Württemberg, 14. Oktober 2006 in der Erlöserkirche, Stuttgart**

---

Europa ist zur Zeit vor allem mit zwei fundamentalistischen Strömungen konfrontiert. Eine hat ihren Ursprung im Islam, die andere hat ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten. Der islamische Fundamentalismus – meist Islamismus genannt – ist spätestens seit dem 11. September 2001 zum breit diskutierten Thema geworden. Seit dem Frühjahr 2003, dem Beginn des Irak-Krieges, nehmen zwar viele Menschen wahr, daß auch von den Vereinigten Staaten eine Form von Fundamentalismus ausgeht. Nur selten wird er aber als das bezeichnet. Für die einen sind diese Phänomene zu neu, für andere ist die Vorstellung zu schmerzlich, daß die Geborgenheit in einer Wertegemeinschaft der westlichen Welt gefährdet sein könnte. Vor allem in ihrem Zusammenwirken können die beiden Strömungen für Europa jedoch brisant werden.

Dass ich mich in den letzten sechs Jahren mit den Wert-Unterschieden zwischen den Vereinigten Staaten und Europa befasste, war in meinem Leben keineswegs vorgezeichnet. Effektiv habe ich mir bis zum Jahre 1996 kaum vorstellen können, dass es da so grosse Unterschiede überhaupt geben könnte. Aber während meiner Tätigkeit in Bosnien von 1996 bis 2000 war ich mit US-amerikanischen Denk- und Vorgehensweisen konfrontiert, die mir als mit der europäischen Tradition unvereinbar erschienen. Damals hätte ich es nicht für richtig gehalten, sie mit dem Begriff Fundamentalismus zu bezeichnen, denn es handelt sich vor allem um ein unterschiedliches Rechts- und Staatsverständnis. Die Zuspitzung durch die Irak-Krise machte mir jedoch klar, daß der Begriff des Fundamentalismus auf einige der damals beobachteten Denkstrukturen zutrifft, die erst jetzt weltweit sichtbar geworden sind. Weil ich die Chance hatte, mich lange vor dem Frühjahr 2003 mit diesem Thema zu befassen, kann ich mich heute damit ohne Berührungsängste auseinandersetzen. Nach wie vor habe ich aber großes Verständnis für die Ängste von Menschen in Europa, sich solchen Fragen zu öffnen. Zu gut erinnere ich mich an die lange Zeit der eigenen Verunsicherung, die verstreichen mußte, bis ich als Kind des Kalten Krieges bereit war, meinem Verstand zu folgen und einzusehen, daß der »Westen« keine Wertegemeinschaft mehr ist und möglicherweise nie eine war.

Nun zum Inhaltlichen. Was meine ich eigentlich mit Fundamentalismus? Wenn wir uns mit dem islamistischen Fundamentalismus befassen, meinen wir einen religiös motivierten Fundamentalismus. Was nun aber die Vereinigten Staaten angeht, analysiere ich in meinem letzten Buch nicht den religiösen Fundamentalismus. Vielmehr rede ich von kulturellem Fundamentalismus. Mit kulturellem US-Fundamentalismus assoziieren Europäerinnen und Europäer wohl zuerst die Kontroverse zwischen dem US-amerikanischen und dem französischen Kulturschaffen. Oder es kommt ihnen die weltweite Ausbreitung der Coca-Cola-Kultur in den Sinn. Ich meine mit kulturellem Fundamentalismus jedoch etwas weitergehendes: Kultureller Fundamentalismus bedeutet, daß eine Kultur den Anspruch auf Alleingültigkeit stellt und versucht, andere kulturelle Ausgestaltungen zu verdrängen und zu ersetzen. Mit diesem weit über das Kulturschaffen im engeren Sinne hinausgehenden Kulturbegriff ist die Organisation der Gesellschaft in allen Bereichen gemeint. Weltweit wird der

kulturelle Fundamentalismus der Vereinigten Staaten vor allem wirtschaftlich wahrgenommen. Die Ausbreitung des US-amerikanischen Wirtschaftsmodells ist Teil der Globalisierung. Militärische Interventionen der Vereinigten Staaten können nicht unbedingt als Teil dieses kulturellen Fundamentalismus bezeichnet werden, sondern eher als ein Mittel zu diesem Zweck. Sie sind immer als möglichst kurzfristige und vorübergehende Aktionen geplant.

Ich möchte nun einige Aspekte des Einwirkens von US-amerikanischem kulturellen Fundamentalismus auf Europa nennen. Die Thematisierung dieser Fragestellung ist wie bereits erwähnt bei vielen Europäerinnen und Europäern nach wie vor mit Ängsten verbunden. Das ist insofern nicht erstaunlich, als es während des Kalten Krieges in Westeuropa aus verständlichen Gründen unmöglich war, solche Fragen angesichts der Bedrohungslage nur im entferntesten in Betracht zu ziehen. In Mittelosteuropa verboten sich solche Gedanken aus ähnlichen Gründen, wenn auch im umgekehrten Sinne. Außer in Bereichen des Kulturschaffens im engeren Sinne – Stichwort »Hollywood« – wird nicht nur weltweit, sondern auch in Europa der kulturelle Fundamentalismus der Vereinigten Staaten vor allem im wirtschaftlichen Bereich wahrgenommen. Die Übernahme von Elementen des US-amerikanischen Wirtschaftsmodells in Europa erfolgt zum Teil aus der Überzeugung heraus, daß dies eine richtige und sinnvolle Entwicklung sei, zum Teil aus der Einsicht, daß ein anderer Weg angesichts der Globalisierungszwänge gar nicht offenstehe. Was die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit anbelangt, sind die europäischen und die US-amerikanischen Wurzeln weitgehend dieselben. Marktwirtschaft und Nationalstaat haben sich gleichzeitig und aus derselben Konstellation heraus entwickelt, als die Geschichte ins Zeitalter der Moderne eintrat. Unterschiede ergaben sich nur insofern, als die Verschränkung von wirtschaftlichen und religiösen Vorstellungen jenseits des Atlantiks zu einer anderen Trennlinie zwischen Staatlichkeit und Markt geführt hat als in Europa, wo diese Verschränkung der beiden Vorstellungen unterblieb.

Diese Unterschied hat weit zurückreichende historische Gründe, die ich nun in einem kurzen Exkurs näher erläutern möchte. Zuvor aber noch eine Klarstellung und Eingrenzung, die mir wichtig ist. Ich werde nicht eine umfassende und eingehende Darstellung vom Umgang der USA mit religiösen Belangen geben. Das ist hier auch nicht meine Aufgabe, das Innenverhältnis der Vereinigten Staaten steht nicht zur Diskussion. Es geht nur um das Aussenverhältnis, genauer gesagt um die Frage, inwieweit die Religion die US-amerikanische Aussenpolitik beeinflusst. Und es geht natürlich um die Unterschiede zu Europa. Erwarten Sie von mir also keine umfassende Darstellung der US-amerikanischen Verhältnisse. Es geht hier um etwas Anderes.

Nun zum angekündigten historischen Exkurs: Von Mitte des 16. bis Mitte des 17. Jahrhunderts wurde Europa von Religionskriegen erschüttert, kulminierend im Dreissigjährigen Krieg von 1618 bis 1648. Hundert Jahre Krieg führten in Europa dazu, dass praktisch ein Drittel der gesamten Bevölkerung eines gewaltsamen Todes starb. Aufgrund dieser Erfahrung vereinbarten die damaligen Könige und Fürsten 1648 im Westfälischen Frieden, es dürfe in Europa nie wieder aus religiösen Gründen Krieg geführt werden. Im deutschen Reich wurden die drei Grosskirchen der Katholiken, der Lutheraner und der Reformierten gleichgestellt. Damit wurde der Absolutheitsanspruch der Religion, welcher die Kriege ausgelöst hatte, begrenzt und definitiv überwunden. Die Einbindung der Religion in die staatlichen Ordnungen - also die definitive Säkularisierung - wurde europaweit festgeschrieben, die Staaten verpflichteten sich

gegenseitig dazu.

In der Französischen Revolution 1789 wurden König und Adel zugunsten des Volkes entmachtet, aber auch den Geistlichen wurde der politische Einfluss aberkannt. Es wurde eine ganz strikte Trennung von Kirche und Staat eingeführt, die noch heute unter dem Begriff der „*Laïcité*“ bekannt und wirksam ist. Damit wollte man sicherstellen, dass die Geistlichen auf die Politik keinen Einfluss mehr nehmen konnten. In diametral umgekehrter Richtung ging die Entwicklung in Amerika, und zwar begann das schon im 17. Jahrhundert. Als damals die große Auswanderung über den Atlantik begann, spielten die Puritaner eine wichtige Rolle. Sie gingen davon aus, dass ihre Religionsgemeinschaften die öffentliche Ordnung schlechthin darstellten. Deshalb brauchten sie gar keinen Staat, lehnten diesen kategorisch ab und befürworteten stattdessen die Theokratie im Sinne eines Gottesstaates. Weil sie in England scheiterten, beschlossen sie, ihre Pläne in Amerika umzusetzen. Ihnen folgten schon bald andere Religionsgemeinschaften, die sich - was die öffentliche Ordnung anbelangte - ebenfalls an den Vorstellungen der Puritaner orientieren. Von Anfang an gab es in vielen der in Amerika entstandenen Kommunen eine Art von Demokratie. Die demokratische Mitwirkung war aber gebunden an die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft sein.

Dass in Amerika diese Entwicklung einsetzte, nachdem Europa durch den Westfälischen Frieden die Religion ein für allemal der Staatlichkeit untergeordnet hatte, ist kein Zufall. Es war nämlich diese Rangfolge zwischen Staat und Religion, welche viele Auswanderer nach Amerika nicht akzeptieren wollten, jedenfalls jene, welche aus religiös-weltanschaulichen Gründen emigrierten. Sie wollten eine Antithese schaffen zu dem als gottlos empfundenen Europa. Religion durfte keiner wie immer gearteten Staatlichkeit unterworfen werden. Dem Schutz der Religion vor staatlicher Bevormundung dient in den Vereinigten Staaten eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Während in Frankreich durch diese Trennung der Staat vor dem Einfluss der Religion bewahrt werden soll, dient die Trennung jenseits des Atlantiks umgekehrt dazu, die Religion vor jeglichem Einfluss des Staates zu beschützen. „Trennung von Kirche und Staat“ ist somit nicht gleichbedeutend mit „Trennung von Religion und Politik“. In Frankreich wurden Kirche und Staat in der Absicht getrennt, Religion und Politik auseinanderzuhalten. In den Vereinigten Staaten werden Kirche und Staat in der Absicht getrennt, Religion ungehindert in die Politik einfließen zu lassen.

Als 1789 die französische Revolution begann, war die amerikanische Revolution bereits mit der Gründung der Vereinigten Staaten 1778 beendet. Dabei ging es um etwas ganz anderes als in Europa. In Amerika musste ein Staat erst geschaffen werden, und dies ohne ein Staatsvolk mit gemeinsamer Herkunft, denn die Bewohner des Landes waren individuell aus verschiedenen Herkunftsländern eingewandert. Um eine gemeinsame Identität zu schaffen, wurde auf die allen Einwanderern gemeinsame Suprematie des Religiösen zurückgegriffen und die US-Nation religiös untermauert. Diese Ausgangslage führte dazu, dass sich die US-amerikanische Nation anders definiert als die Nationen in Europa, obschon es sich formal beidseits des Atlantiks um Nationalstaaten handelt. Bei der Begründung von Nationalstaaten in Europa stand den Nationen eine religiöse Untermauerung nicht offen, nachdem die Einbindung der Religion in die Staatlichkeit schon mehr als ein Jahrhundert früher stattgefunden hatte.

Die religiöse Begründung der US-Nation kommt unter anderem darin zur Geltung,

dass sich die Vereinigten Staaten als eine von Gott auserwählte Nation betrachten. Heute äussert sich dies vor allem auch in moralischen Kategorien, indem diese Nation gleichsam für „das Gute“ in der Welt steht. Sie hat von Anfang an den Anspruch an sich gestellt, die Dinge besser zu machen als die anderen Nationen. Und das Gute, das in dieser Nation verwirklicht ist, muss auch in die Welt hinausgetragen werden: Die US-Nation hat eine klare Mission. Das muss nicht ein Auftrag von Gott sein, wie es offenbar der gegenwärtige US-Präsident ab und zu formuliert. Auch viele nicht besonders religiöse - also durchaus liberale - Amerikaner gehen davon aus, dass ihr Land eine Mission in der Welt habe, weil das Gute auf ihrer Seite liege, also aufgrund einer Art moralischer Ueberlegenheit. Dass wir analoge Erscheinungen - und zwar noch viel ausgeprägter! - im islamistischen Selbstverständnis finden, darf uns nicht erstaunen. Nicht umsonst sind diese beiden Pole die Hauptgegenspieler im dem Geschehen, das vor mehr als zehn Jahren vorausschauend als „clash of civilisations“ bezeichnet worden ist.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des US-amerikanischen kulturellen Fundamentalismus erschüttern gegenwärtig Europa in seinen Grundfesten. Im Grunde genommen geht es dabei um eine schleichenden Entstaatlichung. Diese erreicht genau in dem Moment einen kritischen Punkt, in dem das Individuum als Marktteilnehmer mehr Einfluß auf die gesellschaftlichen Verhältnisse nehmen kann denn als Staatsbürger. Auf die effektiven Einflußmöglichkeiten kommt es dabei eigentlich gar nicht an, sondern vielmehr auf eine allgemeine Stimmung. Wenn immer mehr Menschen den Eindruck haben, die entscheidenden Einwirkungen würden über Marktmechanismen ausgeübt und nicht über demokratische Mitwirkung, dann ist dieser kritische Punkt wohl erreicht.

Staatlichkeit tendiert immer Richtung Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger, jedenfalls bis zu einem gewissen Grad. Der Staat beruht ja auch auf dem Grundsatz „eine Person eine Stimme“, und so werden die Parlamente gewählt, die dann schliesslich die Gesetze verabschieden. Der Markt hingegen braucht ein gewisses Mass an Ungleichheit, sonst würde er gar nicht funktionieren. Der Einfluss auf das Marktgeschehen muss ungleich sein, der Reiche hat grossen Einfluss, der Arme hat praktisch keinen Einfluss. Beide Entscheidungsmechanismen haben ihre Richtigkeit, wenn sie am richtigen Ort zum Tragen kommen. Alles über Marktmechanismen entscheiden zu wollen, führt genau so ins Chaos wie alles über demokratische Mechanismen entscheiden zu wollen. Es braucht das richtige Zusammenspiel.

Das Einwirken von US-amerikanischem kulturellem Fundamentalismus auf Europa im Bereich der Wirtschaft wird öffentlich und sehr kontrovers diskutiert. Relativ selten hingegen wird der Umstand thematisiert, dass versucht wird, das US-amerikanische Muster des Verhältnisses zwischen Religion und Politik auf Europa zu übertragen. Dies ist erstaunlich, handelt es sich doch um das unvermeidliche Gegenstück dazu. Würde in Europa die Trennlinie zwischen Staat und Markt so verschoben, dass sie der Trennlinie nach US-amerikanischem Muster folgt, wäre dies nämlich nicht möglich ohne gleichzeitige Übernahme der entsprechenden Rolle von Religion nach US-amerikanischem Muster. Wo die Schwelle liegt, an welcher die Trennlinie ohne diese zusätzliche Rezeption im religiösen Bereich nicht mehr weiter Richtung »mehr Markt / weniger Staat« verschoben werden kann, das läßt sich im voraus nicht sagen. Aber die Begründung dieses Automatismus liegt auf der Hand: Die in Europa über Jahrhunderte hinweg entstandene Vorstellung über das richtige

Verhältnis zwischen Gleichheit und Ungleichheit bedarf keiner religiösen Grundlage, während die US-amerikanische Vorstellung über das richtige Verhältnis zwischen Gleichheit und Ungleichheit, die ebenfalls über Jahrhunderte hinweg entstanden ist, ohne eine religiöse Grundlage nicht auskommt. Dabei verhält es sich weder hien noch drüben etwa so, daß man zuerst das Verhältnis zwischen Staat und Markt und danach die Rolle der Religion entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen definiert hätte, sondern der zeitliche Ablauf liegt umgekehrt: Die Rangfolge zwischen Staat und Religion ist sowohl in Europa als auch in Amerika festgeschrieben worden, lange bevor sich die Marktwirtschaft und mit ihr der Nationalstaat überhaupt ausgebreitet haben. Die unterschiedliche Positionierung der Trennlinie zwischen Staat und Markt ist eine Folge der unterschiedlichen Rangordnung von Staatlichkeit und Religion, und nicht umgekehrt !

Wie sich in den Vereinigten Staaten wirtschaftliche und religiöse Kategorien gegenseitig verschränken, ist einfach zu erklären: Die Legende, jeder könne es vom Tellerwäscher zum Präsidenten bringen, hat in der US-amerikanischen Bevölkerung eine gewisse Akzeptanz, obwohl sie kaum jemals in die Wirklichkeit umgesetzt wurde. Es ist unstrittig, daß diese Legende auch religiös begründet ist. Durch die beschriebenen Wirren waren die Protestanten im Europa des 17. Jahrhunderts in Bedrängnis geraten, und viele hatten den Ausweg darin gesucht, auf weltlichen Luxus weitgehend zu verzichten und ihren beruflichen Verpflichtungen möglichst gewissenhaft nachzukommen, nicht nur um überleben, sondern auch um »Gottes Gnade weiterhin teilhaftig bleiben zu können«. Aus solchen Kreisen rekrutierte sich ein Teil der Auswanderer nach Amerika. Darüber hinaus hat der calvinistische Protestantismus die Vereinigten Staaten entscheidend geprägt. Gemäß der calvinistischen Lehre über die Prädestination steht Gottes Urteil über das Seelenheil eines Menschen bereits zu dessen Lebzeiten fest. Der Calvinist sucht deshalb im hiesigen Leben nach Hinweisen dafür, daß er zu den Auserwählten gehöre, und er findet die Heilsgewißheit auch und vor allem im ökonomischen Erfolg, in der sichtbaren Segnung mit materiellen Gütern. Wo es Auserwählte gibt, muß es auch Nicht-Auserwählte geben. Wo jeder hofft, daß er zu den Auserwählten gehört, wird Ungleichheit zwischen dem Menschen viel leichter akzeptiert als in Gesellschaften, in denen solche religiös bedingten Hoffnungen keine Rolle spielen. Nur über die Ungleichheit läßt sich letztlich eruieren, wer wirklich auserwählt ist und wer nicht. Die Ungleichheit akzeptiert auch jener, der am Ende möglicherweise feststellen muß, daß er nicht auserwählt ist. Die US-amerikanische Positionierung der Trennlinie zwischen Markt und Staat, die sich von der europäischen Positionierung unterscheidet und in der eine andere Gewichtung zwischen dem Prinzip der Ungleichheit und jenem der Gleichheit zum Ausdruck kommt, hat darum auch religiöse Wurzeln. Sie kommen heute praktisch vor allem in gesellschaftlichen Wertvorstellungen zum Ausdruck. Jeremy Rifkin umschreibt die US-amerikanische Sicht der Dinge folgendermaßen: »Die Reichen sind reich, weil sie klüger sind und härter arbeiten, die Armen arm, weil sie faul oder unfähig sind, und daran würde nichts, was die Regierung tun könnte, etwas ändern. Zugleich wäre es die falsche Botschaft – nämlich daß die, die schufteten und etwas aus sich machten, etwas von ihrem schwer erworbenen Einkommen denen geben sollen, die nicht hart arbeiten und unfähig zum Erfolg wären. Jede Umverteilung von Reichtum, sagen einige, würde den Amerikanischen Traum in der Seele treffen und dem amerikanischen Erfolgsmythos Hohn sprechen. Viele Amerikaner glauben, daß der freie Markt noch immer der gerechteste Mechanismus zur Verteilung des produktiven gesellschaftlichen Reichtums

ist.«<sup>1</sup>

Der US-amerikanische Philosoph Richard Rorty interpretiert den transatlantischen Unterschied in bezug auf die Rolle von Staat und Wirtschaft auch anhand von Zahlen: »Kürzlich gab es eine internationale Meinungsumfrage zum Thema, ob die Armen arm seien, weil sie faul sind oder weil sie durch die Gesellschaft benachteiligt worden sind. Ungefähr 25 Prozent der Europäer vertraten die Meinung, die Armen seien faul, bei den Amerikanern waren es 64 Prozent. Unter diesen 64 Prozent befinden sich offensichtlich viele, die für lächerlich geringe Löhne arbeiten, aber sich weigern, sich für arm zu halten. Denn wenn man einen Job hat, dann ist man doch nicht faul, umgekehrt muß jeder, der das nicht schafft, faul sein.«<sup>2</sup> Die religiöse Basis der Arbeitsmoral ist in den Vereinigten Staaten durchaus bekannt. Der in Harvard lehrende britische Finanzhistoriker Niall Ferguson sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den verglichen mit Europa längeren Arbeitstagen, längeren Arbeitswochen sowie kürzeren Urlauben in den USA und der um ein Mehrfaches höheren praktischen Religionsausübung jenseits des Atlantiks: »Europäer beten heute weniger und gehen seltener zur Kirche, sie arbeiten weniger fleißig, und sie konsumieren weniger. Diese tiefen Veränderungen kommen nicht zufällig zusammen.«<sup>3</sup> Ein europäischer Beobachter begründet die religiöse Fundierung des Staatsminimalismus zugunsten des freien Marktes in den Vereinigten Staaten unter anderem damit, daß »wirtschaftslibertär überzeugte Republikaner (...) an die unsichtbare Hand des Marktes (glauben). Für viele Born-Again-Christians und überzeugte Evangelikale sind persönliche Verfehlungen und unmoralisches Handeln die Ursache für wirtschaftliches Versagen.«<sup>4</sup> Die »unsichtbare Hand des Marktes« entscheidet nach dieser Sichtweise also nicht nur über wirtschaftlichen Erfolg, sondern sie ist es auch, die Spreu vom Weizen scheidet, die Faulen von den Fleißigen, die Bösen von den Guten, und schließlich sichtbar macht, wer von Gott auserwählt worden ist und wer nicht. Der US-amerikanische Staatsminimalismus ist eine Folge des Zusammenwirkens wirtschaftlicher und religiöser Faktoren, die sich wechselseitig verstärken.

Die nach europäischem Muster gezogene Trennlinie zwischen Staat und Markt will ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Prinzip der Gleichheit und jenem der Ungleichheit erreichen, das in Europa als ausgewogen empfunden wird. Das US-amerikanische Muster zieht die Trennlinie so, daß das Prinzip der Ungleichheit viel stärker zum Tragen kommt. Europäern mag dies als unausgewogen erscheinen, einem Großteil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten jedoch nicht: Dank der letztlich religiös verankerten Hoffnung, es möge zu jenen Auserwählten gehören, die auch materiell den Durchbruch schaffen, erträgt dort das Individuum die großen sozialen Ungleichheiten. Wichtig ist die religiöse Untermauerung vor allem für jene, die am Ende ihres Lebens keine positive Bilanz ziehen können. Jene Armgebliebenen können sich damit trösten, es sei eben nicht Gottes Wille gewesen, daß auch sie reich werden.

US-amerikanischer kultureller Fundamentalismus wirkt sich also auch auf die Rolle der Religion in Europa aus. Dies geschieht durch die Tätigkeit von Religionsgemeinschaften oder Sekten, aber auch US-amerikanische Stiftungen sind am Werk. Zum anderen wird die US-Amerikanisierung Europas im Bereich der Religion

<sup>1</sup> Jeremy Rifkin, Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt a.M. 2004, S. 53.

<sup>2</sup> Interview mit Richard Rorty. In: du – Zeitschrift für Kultur, Nr. 750, Oktober 2004, S. 97.

<sup>3</sup> Die Zeit, 7. Oktober 2004

<sup>4</sup> Josef Braml, Die theo-konservative Politik Amerikas. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 7/2005, S. 34

aber auch in den Vereinigten Staaten selber vorangetrieben.

Sollte sich das in den USA gewachsene Verhältnis zwischen Religion und Politik in Europa ausbreiten können, so würde dies keineswegs nur eine Veränderung der Rolle der Religion in den europäischen Gesellschaften bedeuten. Vielmehr handelt es sich um eine direkte Einflußnahme auf die europäische Wirtschaft und auf die ökonomische Organisation der europäischen Gesellschaften. Der transatlantische Unterschied in der Ausgestaltung dieser Organisation geht nicht nur auf die amerikanische und die Französische Revolution zurück, sondern er hat seine Wurzeln bereits 150 Jahre früher in der unterschiedlichen Rangfolge von Staat und Religion. Die beiden Revolutionen entwickelten dafür lediglich definitiv unterschiedliche institutionelle Formen. Im Gegensatz zur Französischen Revolution klammerte die amerikanische die soziale Frage bewußt aus. Die Französische Revolution wandelte sich demgegenüber in einem bestimmten Entwicklungsstadium auch in eine Armenrevolte, und dieses Grundmuster hat Europa seither immer wieder gezwungen, einen gewissen sozialen Ausgleich anzustreben. Dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Ungleichheit wird in Europa über die staatlichen Mechanismen ein Rahmen gesetzt, der auch über Mehrheitsentscheidungen beeinflußt werden kann. Es sind letztlich religiöse Kategorien, welche es in den Vereinigten Staaten möglich machen, auf einen solchen Rahmen zu verzichten. Nur aufgrund der religiösen Einbindung weiterer Teile der Bevölkerung akzeptiert diese eine ökonomische Gesellschaftsorganisation, die viel weitgehend auf dem Prinzip der Ungleichheit beruht. In den Vereinigten Staaten steht den Armen der religiöse Trost zur Verfügung, in Europa können sich die Armen damit trösten, daß sie sich notfalls die Möglichkeit der Armen-Revolte bewahrt haben. Sollte sich das in den USA gewachsene Verhältnis zwischen Religion und Politik in Europa ausbreiten, so würde dies nichts mehr und nichts weniger bedeuten, als daß der in Europa bisher den Armen offerierte Trost durch denjenigen ersetzt würde, der in den Vereinigten Staaten entwickelt worden ist.

Lange Zeit betrachteten viele Religionswissenschaftler die Vereinigten Staaten mit ihrer Dominanz des Religiösen als eine Ausnahmerecheinung im Rahmen der industrialisierten westlichen Welt. Einige sind dazu übergegangen, heute eher Europa als eine Ausnahmerecheinung zu betrachten. Diese Diskussion ist müßig, denn weltweit gesehen spielt es keine Rolle, was als Ausnahmerecheinung betrachtet wird und was nicht. Bemerkenswert ist hingegen, daß die Auguren einer weltweiten US-Amerikanisierung in Sachen Rolle der Religion davon ausgehen, es handle sich bei der Ausbreitung dieses Modells um eine Art Automatismus. Dieselbe Vorstellung hat die »säkularisierte« Welt während mehr als einem Jahrhundert davon ausgehen lassen, der Säkularisierungsprozeß sei unumkehrbar und erfasse über kurz oder lang weltweit alle Gesellschaften.

Der Unterschied zwischen Europa und den Vereinigten Staaten besteht nun aber darin, daß Europa die Nicht-Existenz dieses Automatismus inzwischen ahnt oder gar begriffen hat. Für die Vereinigten Staaten ist dies nicht der Fall. US-amerikanische Religionssoziologen verbinden ihre Voraussage einer weltweiten US-Amerikanisierung meist mit dem Hinweis, sie würden die Entwicklungen lediglich objektiv beschreiben. Daß europäische Vertreter derselben Disziplin diese »objektiven Beschreibungen« anstehender Entwicklungen oft unbesehen übernehmen, obschon es sich dabei um hochpolitische und brisante Aussagen handelt, ist höchst bedenklich. Diese Aussagen sind nämlich mitnichten deskriptiv – also beschreibend –, sondern in höchstem Masse

normativ, das heisst: sie wollen die Dinge in eine bestimmten Richtung lenken. Bedenklich ist auch, daß die Religionssoziologie – wie verständlicherweise die Religionspolitologie – längst selber Politik macht, während viele Analytiker politologischer Provenienz oder aus verwandten Wissenschaftszweigen sowie andere Kommentatoren der europäischen und globalisierten Politik nach wie vor davon ausgehen, Religion sei für ihren Arbeitsbereich irrelevant.